



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2018

Im Landesstreik lag Weltpolitik

Tanner, Jakob

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-162322>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:

Tanner, Jakob. Im Landesstreik lag Weltpolitik. In: Tages-Anzeiger, 31 October 2018, 14.

Hintergrund

Im Landesstreik lag Weltpolitik

Essay Vor 100 Jahren erlebte die Schweiz die grösste Krise der jüngeren Geschichte: den Landesstreik. Dass der Bundesrat mit Härte reagierte, hatte auch aussenpolitische Gründe: Er wollte die Schweiz als Standort für die Weltkriegs-Friedenskonferenz empfehlen.

Jakob Tanner

Während der sechs Tage vom 9. bis zum 14. November 1918 wurde die Schweiz erschüttert wie nie zuvor und danach in der Geschichte des modernen Bundesstaats. Seit 1914 waren die Reallöhne über lange Kriegsjahre hinweg um ein Viertel gesunken, und breite Bevölkerungsschichten verarmten. Ein Sechstel der Gesamtbevölkerung war im Sommer 1918 auf Notstandsunterstützung angewiesen. Unternehmer realisierten hingegen hohe Kriegsgewinne. Die schroffe Ungleichheit verschärfte die sozialen Spannungen. Ab 1916 häuften sich Fabrikstreiks und Demonstrationen.

Im Herbst 1918 neigte sich der Krieg und damit auch der Aktivdienst in der Schweiz dem Ende zu. Die Lage war widersprüchlich. Die Sehnsucht nach Frieden und – unter den Soldaten – nach der Heimkehr aus dem Militärdienst war gross. Getreidelieferungen aus den USA versprachen zudem eine Linderung der Ernährungskrise.

Gleichzeitig stand der Bundesrat, der über weitgehende Vollmachten verfügte, diese aber kaum für den sozialen Ausgleich nutzte, in der Kritik. Arbeiter- und Frauenbewegung sahen im Kriegsende ein Reform-Moment, in dem Forderungen wie das Frauenstimmrecht oder der 8-Stunden-Tag durchgesetzt werden konnten. Die Linke drängte zudem auf eine gerechtere Verteilung der Kriegslasten durch eine Steuer für Reiche sowie auf Regierungsteilhabe.

Eine «dreiste Herausforderung»

Die Armeeführung plädierte in Anbetracht der angespannten Situation für eine bewaffnete Intervention. General Ulrich Wille schrieb am 4. November an Bundesrat Camille Decoppet, den Vorsteher des Militärdepartements: «Vorbeugen, dass Verbrechen begangen werden, ist für die Menschheit viel wichtiger, als den Verbrecher bei der Tat zusammenzuschlagen oder ihn hinten-drein an den Galgen zu hängen. (...) Wenn man die Truppen erst aufbieten will, wenn sichere Anzeichen für Ausbrechen von Generalstreik und Revolution vorhanden sind, kommt man zu spät.» Deutlicher konnte er den Ruf nach einem präventiven Schlag nicht formulieren – und so kam es dann auch. Auf Ersuchen der Zürcher Regierung bot die Landesregierung Kavallerie- und Infanteriebataillone auf. Am 6. November wurde Zürich militärisch besetzt.

Das Oltener Aktionskomitee (OAK), in dem sich Sozialdemokraten und Gewerkschafter zusammengeschlossen hatten, bezeichnete das «Massenaufgebot von Truppen» als «dreiste Herausforderung». Es geriet nun unter Druck. Ohne Reaktion auf diese flagrante Provokation, drohte das OAK zum Papier-tiger zu werden. So rief das Komitee für den 9. November zu einem 24-stündigen Proteststreik auf, musste aber alsbald befürchten, die Kontrolle zu verlieren. Denn die Zürcher Arbeiterunion war mit dem Beschluss vorgeprellt, der Proteststreik sei bis zur Erfüllung einer Reihe von Forderungen, insbesondere bis zum Truppenrückzug, weiterzuführen.

«Mit weitherzigem Wohlwollen»

So eskalierte der Konflikt. Das OAK ergriff die Flucht nach vorne und proklamierte den unbefristeten Landesstreik ab dem 12. November. 250 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, unterstützt von den zunächst noch zögerlichen Eisenbahnern, traten in den Streik. Ihnen standen 95 000 Soldaten, die vielerorts Maschinenengewehre aufstellten, gegenüber. Mit seinem «Handgranatenbefehl» vom 11. November machte der Zürcher Platzkommandant Emil Sonderegger klar,



Festung Bundeshaus: Soldaten bewachen während des Landesstreiks 1918 in Bern das Parlamentsgebäude. Foto: Schweizerisches Bundesarchiv

dass die Truppen ihre Waffen einsetzen würden, sollte es zur offenen Konfrontation kommen.

Der Bundesrat hatte schon am 11. November eine ausserordentliche Sitzung der Bundesversammlung einberufen. Als der Bundespräsident, der Bündner Felix Calonder (FDP), am Tag darauf die Versammlung eröffnete, wiederholte er die Vorwürfe, dass «skrupellose Hetzer und namentlich Vertreter des bolschewistischen Terrors» daran seien, in der Schweiz «den Boden für aufrührerische Bewegungen» zu bereiten.

Doch auf diese Tirade liess er versöhnliche Töne folgen. Die «sozialpolitischen Probleme» müssten «mit weitherzigem Wohlwollen und mit der grössten Gewissenhaftigkeit» geprüft werden. Es gebe «keine höhere Aufgabe», als «den sozialen und kulturellen Aufstieg der wirtschaftlich schwachen Teile unseres Volkes» zu fördern. Calonder schlug vor, dass «die Mitgliederzahl der eidgenössischen Exekutive so rasch als möglich auf neun erhöht wer-

den» solle, um «die Führer dieser (der Sozialdemokratischen) Partei an der Arbeit und an der Verantwortlichkeit der Landesregierung» zu beteiligen.

Der freisinnige Regierungskollege Edmund Schulthess unterstützte diesen Vermittlungskurs. Doch der Gesamtbundesrat und die überwiegende Mehrheit des Parlaments legten sich quer und beharrten auf hartem Durchgreifen. «Wenn wir heute kapitulieren, so haben wir für alle Zeiten kapituliert», erklärte der Zürcher Bauernpolitiker Fritz Bopp. Am 13. November wurde das OAK formell zum bedingungslosen Abbruch des Streiks aufgefordert. Die Streikleitung, die keinen Bürgerkrieg anstrebte, gab nach. Robert Grimm, der herausragende Kopf des OAK, stimmte gegen die Kapitulation. Er wollte einfach nicht wahrhaben, dass eine Regierung, die ja den Ernst der sozialpolitischen Lage begriffen zu haben schien, keine Konzessionen zu machen bereit war.

Ort der Revolution?

Es stellt sich die Frage, weshalb der Bundesrat auf der unbeugsamen Linie bestand. Interessant ist, dass die beiden Bundesräte Gustave Ador (FDP) und Giuseppe Motta (Konservative Volkspartei) am 13. November gegenüber Grimm mit einer alliierten Intervention für den Fall einer revolutionären Erhebung in der Schweiz drohten. Für entsprechende Vorbereitungen gibt es überhaupt keine Quellenhinweise, doch in den Köpfen der Entscheidungsträger spukte dieses Szenario offenbar herum.

Vor allem Frankreich stellte die Schweiz als Brennpunkt revolutionärer Umtriebe dar. So beklagte sich der französische Gesandte Anfang November 1918 beim Bundespräsidenten, dass die

Bolschewiki «von der Schweiz aus die Revolution (...) inszenieren» könnten (wie das Bundesratsprotokoll festhält).

Dass Frankreich die von der Schweiz ausgehende Revolutionsgefahr dramatisierte, hatte handfeste Gründe. Für US-Präsident Woodrow Wilson war es nämlich im Herbst 1918 klar, dass die bevorstehende grosse Friedenskonferenz auf neutralem Boden abgehalten werden sollte. So sehr ihm Paris gefallen würde, so sehr habe er eine Präferenz für Lausanne, kabelte er am 28. Oktober 1918 an den Verhandlungsführer der US-Delegation, Edward House. Dieser schrieb am 2. November, es sei so gut wie klar, dass die Konferenz in Lausanne oder Genf stattfinden werde. Am 5. November berichtete House, der Bundesrat sei angefragt worden, ob er ausreichende Unterkünfte sowie das Recht der USA, am Konferenzort eigene Telefonverbindungen zu erstellen, zusichern könne.

Am 7. November tönte es dann plötzlich anders. Wilson teilte mit, «nach nochmaligem Überlegen» sei er zum Schluss gekommen, Versailles sei doch weit geeigneter als die Schweiz, denn diese «sei durchtränkt mit jedem giftigen Element und offen für jeden feindlichen Einfluss». Am 9. November rapportierte House ein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, der erklärte, er werde jedem Ort ausser Genf zustimmen, wenn nötig komme er nach London. Das musste er dann nicht, weil nach dem Ausfallen der Schweiz sein Favorit erneut gesetzt war.

Humanität und Stabilität

Diese Vorgänge waren eng mit der Vorgeschichte des Landesstreiks synchronisiert. Auch die Ausweisung der Sow-

jetmission aus der Schweiz, die am 5. November beschlossen und am 12./13. November, als keine Eisenbahnen mehr fuhren, etwas chaotisch vollzogen wurde, lässt sich ohne das Ringen um den Konferenzstandort nicht verstehen.

Offensichtlich instrumentalisierte die französische Regierung die Revolutionsängste erfolgreicher als die schweizerische. Wobei Bundesrat Ador die Vorwürfe der Alliierten insbesondere deshalb beunruhigten, weil er den Völkerbund-Sitz nach Genf holen wollte. Diese Chance sollte nicht vermasselt werden. Ab Januar 1919 unternahm er mehrere Privatreisen nach Paris und im Frühjahr 1920 (bereits nicht mehr als Bundesrat) eine weitere nach London. Ador war kein prinzipieller Gegner sozialpolitischer Forderungen – doch er wollte den Generalstreik, den bürgerliche Kreise mit «Bolschewismus» gleichsetzten (obwohl er damit nachweislich nichts zu tun hatte), publikumswirksam abblocken. So konnte er vertrauensbildende «Ruhe und Ordnung»-Signale nach Westen senden, um Wilsons schreckliches Schweiz-Bild umzupolen.

Er erreichte sein Ziel. Als Hort von Stabilität und Humanität sowie als «Völkerbund im Kleinen» konnte der neutrale Kleinstaat wieder – wie vor 1914 – zum Attraktor für internationale Organisationen und Konferenzen werden.



Jakob Tanner

Der gebürtige Luzerner war von 1997 bis 2015 Professor für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich.